

Faire Entlohnung gefordert

REUTLINGEN. »Auch freiberufliche Hebammen haben ein Recht auf faire Entlohnung«, sagte die Reutlinger Bundestagsabgeordnete der Grünen, Beate Müller-Gemmeke, nach einem Informationsaustausch mit den Vertreterinnen des Reutlinger Hebammenverbandes Birgit Maurer und Andrea Scheib, der Stillbeauftragten Christine Landgraf sowie Annette Hochgreve. Die Hebammen bräuchten Rahmenbedingungen, die eine wirtschaftlich rentable Geburtshilfe zulassen. »Es gibt einen ganz klaren Handlungsbedarf der Politik«, erklärte Müller-Gemmeke.



Informationsaustausch mit freien Hebammen (von links): Christine Landgraf, Stillbeauftragte, Birgit Maurer, Vorsitzende des Reutlinger Hebammenverbandes, Beate Müller-Gemmeke, Grünen-Abgeordnete, Andrea Scheib vom Reutlinger Hebammenverband, und Annette Hochgreve. FOTO: PR

Das größte Problem seien die gestiegenen Prämien der Berufshaftpflichtversicherung, die Hebammen zu leisten haben (der GEA berichtete). Die Jahresprämie habe sich seit 1992 mehr als verzehnfacht, auf bisher 2 370 Euro. Seit 1. Juli liegt die Jahresprämie sogar bei 3 689 Euro.

Die Erhöhung gehe nicht auf eine Steigerung der Schädigungsrate zurück, so Müller-Gemmeke. Vielmehr hätten die gestiegene Lebenserwartung von bei der Geburt geschädigten Kindern und die Entwicklung der Rechtsprechung in Schadenersatzklagen zur rasanten Erhöhung der Versicherungsprämien geführt.

Vergütung zu niedrig

Dem stehen nach Ansicht der Betroffenen viel zu niedrige Vergütungen für Hebammen gegenüber: »Mit einem durchschnittlichen Stundenlohn von netto gerade mal 7,54 Euro sind die Ausgaben nicht zu decken«, erklärt Birgit Maurer, Vorsitzende des Reutlinger Hebammenverbandes. Auch die am 5. Juli beschlossene Anhebung der Vergütung für außerklinische Geburten um 100 Euro und der Vergütung für klinische Geburten um acht Euro greift zu kurz.

»Das reicht bei Weitem nicht aus, um den immensen Anstieg der Haftpflichtprämien auszugleichen und die geburtshilfliche Tätigkeit der Hebammen langfristig zu sichern«, betont die Stillbeauftragte Christine Landgraf, »die Entscheidung setzt kein deutliches Signal, dass die

Wahlfreiheit des Geburtsortes erhalten werden soll.« Den Hebammen bleibe oft nur die Wahl, den Kernbereich ihres Berufsstandes aufzugeben oder sich in Mehrarbeit zu stürzen - bei völlig unkontrollierbaren Arbeitszeiten.

Beate Müller-Gemmeke unterstützt nach eigenem Bekunden die Hebammen in ihren Forderungen und erklärt: »Dass man 60 bis 70 Stunden die Woche arbeiten muss, um von seiner Arbeit leben zu können, ist schlichtweg unanständig. Auch in dieser Berufsgruppe müssen die Lasten gerecht verteilt werden.«

Die grüne Bundestagsfraktion fordere mit einer sogenannten Kleinen Anfrage die Bundesregierung auf, Informationen über die Arbeits- und Einkommenssituation von Hebammen zu veröffentlichen. »Nicht einmal solide Daten liegen bisher vom Gesundheitsministerium vor, geschweige denn Lösungsansätze«, so Müller-Gemmeke weiter.

Ein Rechercheauftrag der Grünen an den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages soll herausfinden, wie andere Länder mit den Haftpflichtprämien für Hebammen umgehen. Erstaunlicherweise hätten Hebammen in anderen Ländern keine vergleichbaren Probleme, berichtet die Reutlinger Grünen-Abgeordnete. (pr)